

Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint werktags nachmittags mit dem Datum des folgenden Tages.
Bezugspreis: Unmittelbar od. durch die Postanstalten 30 M. mon. Einzelne Nr. 1,50 M.
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.
Postfachkonto Dresden Nr. 2466.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungsteile 12 M., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 24 M., unter Eingangs 30 M. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landeskulturrentenbank, Jahresbericht und Rechnungsabluß der Landes-Brandversicherungskasse, Verkaufsstelle von Holzpflanzen auf den Staatsforstbetrieben.

Beauftragt mit der Oberleitung (und pressegesetzlichen Vertretung für den schriftstellerischen Teil): Regierungsrat Doenges in Dresden.

Nr. 194

Sonntag, 20. August

1922

Sächsische Staatsbank

Öffentlich-rechtliche Bankanstalt unter der Gewähr des Sächsischen Staates

Annahmestelle von Spareinlagen und Mündelgeldern gemäß B. G. B. § 1808 — Ausführung aller sonstigen Bankgeschäfte — Stahlkammer

Niederlassungen:

Dresden

Augustusstraße, Ständehaus
Fernspr. 231, 224, 1788, 1798
Depositenkasse am Hauptbahnhof
Bismarckplatz 2-4, Fernspr. 42334

Leipzig

Grimmalecher Steinweg

Zwickau
Hauptmarkt

Dresden, 19. August.

Zum Hamburger Besuche des Reichspräsidenten.

Während vormittags wohnte der Reichspräsident mit den Reichsministern Dr. Köfer und Groener in der Aula der Hamburger Universität dem Festakt zur Eröffnung des internationalen Wirtschaftskongresses bei. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Präsident die Wichtigkeit der Förderung der Überseewirtschaft, Geheimrat Dr. Guno: Als der Völkern des großen Krieges verlor, ging ein Aufatmen durch die Lande. Es schien der Augenblick gekommen zu sein, durch Umfassung und Zusammenfassung der jahrelang nur auf Vernichtung eingestellten Kräfte zu gemeinsamer Arbeit das Ziel zu verfolgen der Wiederaufbau Europas und der Welt. Dieser Augenblick ist verpaßt worden. Die vergangenen vier Jahre wiegen viel schwerer als die Kriegsjahre selbst. Noch heute beherrschen Angst und Furcht vor Bergelutung die Völkern. Es fehlt das Vertrauen. Deutschland ließ während dieser ganzen Zeit keinen Zweifel an seiner Bereitwilligkeit zu christlicher Mitarbeit. Anstatt daß unsere Wegner die dargebotene Hand zu gemeinsamer Arbeit ergreifen, drängen sie immer wieder auf erneute Zahlung. Hierauf hielt Geheimrat Prof. Dr. v. Mendelssohn-Bartholdy von der Hamburger Universität eine Rede über das Thema „Ethische Kräfte der Weltwirtschaft“. Dann sprach Prof. Gort aus Amerika über den Wiederaufbau Europas unter Beteiligung Amerikas. Im Anschluß daran besuchte der Reichspräsident die Kunstgewerbliche Ausstellung.

Am Nachmittag unternahm der Reichspräsident an Bord des Staatsdampfers „Hans Dahlmann“ eine Rundfahrt durch den Hamburger Hafen. Am Schluß der Rundfahrt legte der Dampfer an Kai der Papag an, wobei der Reichspräsident an Bord des Papagadampfers „Bayern“ ging. Dann hatte er der Städteausstellung und der Ausstellung im Gewerkschaftshaus Besuche ab.

Nach Schluß der offiziellen Veranstaltungen kam es abends vor dem Hause des Bürgermeisters Diesel zu massiven Kundgebungen für den Reichspräsidenten. Ein Zug von über 1000 Fackeltägern, dem sich viele Tausende anschlossen, zog am Hause vorbei. Auf eine kurze Ansprache aus der Menge erwiderte der Reichspräsident mit Worten des Dankes. In dieser Kundgebung zeigte er den unerschütterlichen Willen, die Arbeit der Regierung im Sinne politischer und wirtschaftlicher Erneuerung der Republik zu unterstützen. Die Pflicht jedes Deutschen sei es, mitzuwirken an den großen Aufgaben der Nation. Diesem Staatsbewußtsein werde es gelingen, dazu beizutragen, über die ungeheuren Nöte dieser Zeit hinwegzukommen. Ein Volk von 60 Millionen dürfe nicht untergehen und es könne nicht untergehen. In Einigkeit möge das deutsche Volk zusammenstehen, bauend auf sein gutes Recht, stolz auf seine Freiheit.

Heute vormittags besichtigte der Reichspräsident die Ausstellung der Kriegbeschädigten im Oppendorfer Krankenhaus. Im Anschluß daran begab er sich, von der Bevölkerung herzlich verabschiedet, nach Altona.

Bedrohende Verhandlungen zwischen Rußland und Japan.

Zwischen der japanischen Regierung und der Moskauer Regierung finden Verhandlungen über die Einsetzung der von der japanischen Regierung vorgeschlagenen japanisch-russischen Konferenz statt.

Verständigung.

Es sieht nicht danach aus, als ob England gewillt wäre, sich nach dem Scheitern der Londoner Konferenz mißmutig aus Europa zurückzuziehen. Hat Poincaré etwa auf einen solchen Rückzug Englands gehofft, so hat er sich getäuscht. England liegt Europa doch wesentlich näher als Amerika. Was es auch gelegentlich mit dem Gedanken einer passiven Haltung gegenüber den Streitfragen des Kontinents spielt. Daß England wirklich angezogen ist des offensichtlichen französischen Strebens nach einer wirtschaftlichen und politischen Vormachtstellung auf dem europäischen Festlande unläugig bleiben dürfte. Es ist einfach undenkbar, daß sich über Poincaré nicht doch vielleicht einen Augenblick in der Hoffnung gewiegt, England in der Reparationsfrage ausschalten zu können, nachdem die englisch-französische Verständigung zum Scheitern gebracht worden war? In der Pariser Presse wird jedenfalls jetzt der Gedanke einer direkten Verständigung mit Deutschland wieder mit großem Eifer vertreten. Man betont sogar, daß die Sonderaktion, die Frankreich im Sinne habe, nicht unbedingt eine Trostung gegen Deutschland zu bedeuten brauche. In Deutschland hat es bekanntlich eine Reihe von Politikern gegeben, die lange Zeit in einer direkten Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich den besten Weg zu einer Lösung des Reparationsproblems erblickten. Man hat dieser politischen Richtung sogar schon einen Namen gegeben und sie nach dem Leiter der „Vossischen Zeitung“ als „Bernhardismus“ bezeichnet. Aber selbst die Politiker der „Vossischen Zeitung“ haben schließlich erkannt, daß bei der Bestimmung und den Absichten der gegenwärtigen Leiter der französischen Politik eine deutsch-französische Verständigung unmöglich ist. Es wäre das höchstens eine Verständigung zwischen Lamm und Wolf, bei der das Lamm nur seine Zustimmung dazu zu geben hat, vom Wolf aufgefressen zu werden. So und nicht anders denken sich die Franzosen offenbar auch die unmittelbare Verständigung mit Deutschland. Denn daß Frankreich nach dem Verfall der Kohlen- und Eisenwerke Westfalens strebt, läßt sich heute nicht mehr verkennen, und weder Poincaré noch die französische Presse halten es mehr für nötig, diese Absicht zu verbergen. Wirklich will man in Paris auch hierin keine „Drohung“ gegen Deutschland erblicken, da man dort der Ansicht ist, daß Deutschland ja, wie einst, in seiner Philosophie und in seiner Dichtkunst genügend Trost über den Verlust seiner Rohstoffe und Produktionsmittel finden könne.

In England sieht man diesen Plänen offensichtlich mit einer gewissen Gelassenheit zu. Man hat vor der „direkten Verständigung“ zwischen Frankreich und Deutschland nicht allzuviel Sorge, da man nicht glaubt, daß Deutschland schließlich die Rolle des Lammes, das zu seiner Verpeißung durch den Wolf nach einigem Sträuben seine Zustimmung gibt, nicht spielen wollen. Aber so ganz sicher sind die Briten ihrer Sache doch wohl nicht. Man tut in London Poincaré bereits deutlich zu verstehen gegeben, daß man Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland als Belohnung s. glücker Interessen betrachte und sich mit ihnen nicht abfinden würde. Es ist aber klar, daß eine direkte Verständigung mit Deutschland, wie sie Poincaré im Sinne hat, heute überhaupt nur unter dem Druck französischer Gewaltmaßnahmen und Gewaltmaßnahmen möglich wäre. Die Engländer sind nicht gewillt, sich anschließen zu lassen, und sie haben auch be-

reits ihre Gegenmaßnahmen getroffen. Der Beschluß der Reparationskommission, einen englischen und einen französischen Vertreter nach Berlin zu entsenden, um mit der deutschen Regierung in eine „direkte Diskussion“ über das Rotatoriumsgesetz einzutreten, stellt im Grunde nichts anderes als einen englischen Gegenzug gegen die von den Franzosen geplante direkte Verständigung mit Deutschland dar. Neben den Verhandlungen Deutschlands mit der Reparationskommission können schließlich noch direkte mit der französischen Regierung einhergehen. Nachdem die direkte Diskussion mit der Reparationskommission nunmehr eröffnet worden ist, erübrigt sich für Deutschland jeder Versuch, über den Kopf der Reparationskommission und Englands hinweg mit den Franzosen Verständigung zu suchen über Forderungen, die vom deutschen Standpunkt aus überhaupt nicht diskutierbar sind, weil sie Deutschlands Vernichtung und Auslöschung durch den französischen Imperialismus zum Ziel haben. Die Entsendung der Unterhändler der Reparationskommission nach Berlin zeigt überdies, daß die Wege zu einem für alle Teile annehmbaren Kompromiß noch keineswegs versperrt sind, und daß auch Frankreich zunächst noch nicht entschlossen ist, gegen Englands Widerstand zur Gewalt zu greifen.

Nachdem die Mitglieder der Reparationskommission ihre Ansichten über die Lage ausgetauscht hatten, haben sie sich am vergangenen Donnerstag nachmittags zu einer Sitzung versammelt und einstimmig beschlossen, Sir John Bradbury, Mitglied der Reparationskommission, und den Präsidenten des Atlanticausschusses Klacess zu bitten, sich nach Berlin zu begeben, um von der deutschen Regierung verschiedene unerlässliche Auskünfte zu erhalten.

Sir John Bradbury und Klacess werden, wie weiter aus Paris gemeldet wird, vom Generalsekretär Bergery und vom Mitglied des Finanzministeriums Helling begleitet, heute, Sonnabend, abend mit dem Schnellzug Paris-Berlin abreisen. Der Aufenthalt in Berlin wird nur einige Tage dauern. Sie werden wahrscheinlich mit dem Reichsfinanzminister Dr. Hermes und Staatssekretär a. D. Dr. Bergmann zusammenstreffen. Die Reise hat den Zweck, die Besprechungen mit der deutschen Regierung zu erleichtern, zu einer einstimmigen Entscheidung bezüglich der Antwort zu gelangen, die in der Frage eines Rotatoriumsgesetzes Deutschland zu erteilen ist. Daraus ergibt sich, daß eine weitere Beschlußfassung der Reparationskommission über das Stundungsgesetz der deutschen Regierung zunächst hinausgeschoben werden ist.

Die Mehrzahl der Pariser Zeitungen nimmt der Entsendung der Kommission nach Berlin zu. Als Ziel der direkten Verhandlungen wird offen die Beilegung des gegenwärtig bestehenden Konfliktes unter den Ältesten über die weitere Behandlung der Reparationsfragen und des Rotatoriums bezeichnet. „Deux“ sagt, daß unter den bestehenden Verhältnissen keine andere Wahl bleibe, als die der direkten Verständigung mit Deutschland. Poincaré, der bisher Gegner dieser Verständigung war, hat nach Auflösung des Blattes seine Auffassung revidiert, und man werde sich vielleicht absetzen können, daß eine (Fortsetzung Seite 2.)

Die Internationale in Prag.

Von Otto Weis.

Die Tagung der Zweiten Internationale am 12. und 13. August d. J. in Prag war nicht so sehr durch die Bedeutung der ihr gestellten Aufgaben, als durch den Geist der Beschlüsse eine der wichtigsten. So paradox es auch klingen mag, der einzige negative Beschluß war zugleich auch der weittragendste und bedeutendste.

Am 19. Juni d. J. beschloß die internationale Konferenz in London, daß die Zweite Internationale keinen weiteren Anteil an Versuchen zu internationalen Vereinbarungen zu gelangen. Zugleich beschloß sie die Einberufung eines Kongresses der Arbeiterorganisationen und Parteien, die sich zu den Grundfragen der Demokratie und des Sozialismus bekennen, nach Hamburg für die Zeit vom 8. bis 13. Oktober d. J. und riefte die Einladung an die Wiener Arbeitergemeinschaft, die Einberufung dieses Kongresses gemeinsam zu bewirken. Falls das abgelehnt werden sollte, würde die Zweite Internationale den Kongress selber einberufen.

Als nach der Ermordung Dr. Rathenau auf Einladung der Gewerkschaftsinternationale die Vertreter von Amsterdam, London und Wien zum erstenmal zu gemeinsamen Beratungen in Amsterdam zusammentraten, wurde von deutscher Seite die Einberufung eines Weltkongresses der sozialistischen und Arbeiterorganisationen, die sich zu den Grundfragen von Amsterdam, London und Wien bekennen, durch die versammelten Exekutiven in Vorschlag gebracht. Hierbei war es Wien, das den Vorschlag machte, die eventuelle Einberufung dieses Kongresses nicht gemeinsam vorzunehmen, sondern der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale zu überlassen. Für diese erklärte der Vorsitzende Jouhaux, daß ihres Erachtens diese Frage ihre Entscheidung auf der Konferenz finden solle, die den Bericht der Enquete-Kommission über die wirtschaftliche Lage Deutschlands entgegennehmen würde. Diese Kommission hat nunmehr in Brüssel am 7. d. M. die Vereinbarung getroffen, daß eine erneute Konferenz der drei Exekutivkomitees im Oktober d. J. in Paris zusammenzutreten soll. Besondere Besprechungen zwischen den Exekutiven von London und Wien führten zu der Vereinbarung, die Abhaltung sowohl des Hamburger Kongresses der Zweiten Internationale wie der Konferenz der Arbeitergemeinschaft in Karlsbad nochmals von den beiden Exekutiven erwägen zu lassen.

Im Hinblick auf die Einigungsüberhandlungen zwischen den sozialdemokratischen Parteien in Deutschland und die für den Oktober in Paris vorgesehene Beratung der Frage eines allgemeinen Kongresses der Exekutiven von Amsterdam, London und Wien, kam die Zweite Internationale in Prag zu dem einstimmigen Beschlusse, von der Einberufung des Hamburger Kongresses Abstand zu nehmen. Die Vorarbeiten für den internationalen Kongress in den einzelnen Ländern sollen jedoch keine Unterbrechung erleiden und die schon erfolgten Delegationen für den Hamburger Kongress zur allgemeinen Tagung ihre Wichtigkeit behalten.

Tatsächlich ist der feste Wille zur internationalen Einigung zwischen der Londoner und Wiener Internationale durch die Zweite Internationale ausgesprochen worden. Ja, mehr noch! Die gemeinsame Verlegung von Hamburg und Karlsbad zeigt die internationale Einigung der sozialistischen Proletariats auf dem Marke. So ist der negative Beschluß auf Verlegung der Hamburger

XX Staatliche Porzellanmanufaktur Meissen XX
Vornehmstes Porzellan für den Speise- und Kaffeetisch — Kunstwerke von Weiruf — Direkter Verkauf an Private